



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

 2007*DE

Europa – Partner für nachhaltige globale Entwicklung

Deutsche Ratspräsidentschaft
der Europäischen Union
Januar – Juni 2007



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Europa ist wichtigster Geber weltweit	5
Europa folgt gemeinsamen Leitlinien	6
Europa verstärkt seine Partnerschaft mit Afrika	7
Europa setzt auf Entwicklung und Handel	9
Europa setzt auf Entwicklung durch sichere Energie	10
Europa reformiert seine Entwicklungszusammenarbeit	11
Europa tritt für Gleichberechtigung ein	13
Europa kämpft gegen AIDS	14
Europa arbeitet im Trio	15
Entwicklungspolitik – zentrale Termine 2007	16
Links für weitere Informationen	16
Herausgeber	17



Deutschland hat im Jahr 2007 die doppelte Chance, für eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung einzutreten. Mit unserer Doppelpräsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU) und bei den G8-Staaten kann viel für die Menschen in unseren Partnerländern bewegt werden.

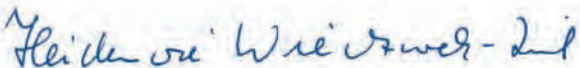
In der Entwicklungspolitik wollen wir diese einzigartige Gelegenheit nutzen. So steht unser Nachbarkontinent Afrika bei beiden Präsidentschaften im Mittelpunkt.

Afrika und Europa verbinden besondere, historisch gewachsene Bezüge. Beide Kontinente sind auf dem Weg zu einer starken Partnerschaft. Diese wollen wir gemeinsam mit denjenigen in Afrika weiter ausbauen, die Eigenverantwortung übernehmen und Entwicklung gestalten. Dabei werden wir Beteiligung und Engagement der Zivilgesellschaft unterstützen. In Afrika entscheidet sich, ob der Kampf gegen die Armut gelingt und die Millenniumsentwicklungsziele erreicht werden.

Die Europäische Union hat in der globalisierten Welt die Aufgabe, ihre Wertvorstellungen einer nachhaltigen und gerechten sozioökonomischen Ordnung einzubringen – in ihrer Gesamtpolitik wie auch in der Entwicklungspolitik.

Mit dem Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2007 kommt Deutschland eine wichtige Rolle bei der Ausgestaltung der EU-Politik zu. Wir wollen unsere Ratspräsidentschaft als „Schwungrad“ nutzen, den Zukunftsbeitrag der europäischen Entwicklungszusammenarbeit für die globale Struktur- und Sicherheitspolitik mitzuprägen. Die Entwicklungspolitik Europas soll im Dienst der Gemeinschaft und der Menschen in unseren Partnerländern einen großen Schritt vorangebracht werden.

Dazu werden wir mit ganzer Kraft unseren Beitrag leisten.



Heidemarie Wiecek-Zeul

Europa ist wichtigster Geber weltweit

Die Europäische Union ist weltweit der größte Geber in der Entwicklungspolitik. Gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten investierte die EU 2005 rund 45 Milliarden Euro; das sind 52 Prozent aller öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit.

Als größter Binnenmarkt der Welt ist die EU wichtigster Handelspartner vieler Entwicklungsländer. Sie hat wesentlichen Einfluss auf die Welthandelsordnung. Die intensive politische Zusammenarbeit und der ständige Dialog zwischen der EU und ihren Partnerländern sind ein wesentlicher Bestandteil der globalen Beziehungen.

Die EU hat mit ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht die Verantwortung, in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine treibende Kraft zu sein.

Dazu gehört die konsequente Umsetzung der internationalen entwicklungspolitischen Vereinbarungen und Verpflichtungen. Hervorzuheben sind die **Millenniumsentwicklungsziele**, die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen. Ebenso bedeutend sind die in Monterrey getroffenen Zusagen zur **Entwicklungsfinanzierung**. Insbesondere hat sich die EU verpflichtet, den Anteil der staatlichen Mittel für die Hilfe gemeinschaftlich bis 2010 auf 0,56 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des jährlichen Bruttonationaleinkommens zu steigern. Auch die **Paris-Agenda** zur Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gehört zu den herausragenden internationalen Beschlüssen.

Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir dazu beitragen, diese Verpflichtungen einzulösen.

Europa folgt gemeinsamen Leitlinien

Mit dem **Europäischen Konsens für Entwicklung** hat sich die Gemeinschaft 2005 einen Handlungsrahmen mit gemeinsamen Zielen, Werten und Prinzipien gegeben.

Damit existiert erstmals eine Grundsatzerklärung zur Entwicklungspolitik, die sowohl die Europäische Union als auch ihre Mitgliedstaaten bindet.

So beinhaltet der Europäische Entwicklungskonsens das Bekenntnis zur Verantwortung für die gerechte Gestaltung der Globalisierung, global nachhaltige Entwicklung, weltweite Armutsbekämpfung, Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz und Friedenssicherung. Er betont die Partnerschaftlichkeit in der Zusammenarbeit und die Orientierung an den Menschenrechten. Gute Regierungsführung benennt er als entscheidenden Entwicklungsfaktor. Er unterstreicht zudem den Stellenwert der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen.

Während unserer Ratspräsidentschaft werden wir die Umsetzung und Konkretisierung des Entwicklungskonsenses vorantreiben.



Europa verstärkt seine Partnerschaft mit Afrika

Die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika soll verstärkt werden. Die Partnerländer werden dabei unterstützt, die besonders drängenden Entwicklungsprobleme und Zukunftsherausforderungen in Eigenverantwortung zu bewältigen.

Afrika ist nicht der Kontinent der Katastrophen, Krisen und Kriege. Afrika zeigt **Reformdynamik** und stabiles Wachstum und nimmt mit seinen Ideen und Potenzialen seine Entwicklung in die eigene Hand. Das Schicksal Afrikas und seiner Menschen wirkt sich unmittelbar auf Europa aus. Europa braucht daher ein starkes Afrika.

Auch während unserer Ratspräsidentschaft stellen wir Afrika in den Mittelpunkt. Wir drängen auf die Umsetzung der EU-Afrika-Strategie und unterstützen die Vorbereitung einer gemeinsamen Afrika-Strategie zwischen der EU und der Afrikanischen Union. Wir engagieren uns für nachhaltige Investitionen nach dem Prinzip menschenwürdiger Arbeit und Beschäftigung.



Europa setzt auf Entwicklung und Handel

Zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) sollen bis Ende 2007 **Wirtschaftspartnerschafts-abkommen** geschlossen werden, um die Integration dieser Partnerländer in die Weltwirtschaft zu fördern und die Entwicklung der afrikanischen Länder voranzubringen.

Als kombinierte Instrumente der Handels- und Entwicklungszusammenarbeit sollen die Abkommen den Marktzugang für die AKP-Staaten verbessern und Handelserleichterungen bewirken. Dadurch wird die Position dieser Länder im internationalen und regionalen Handel gestärkt. So eröffnen sich auch Chancen für eine gerechte Teilhabe am globalen Handel und für eine nachhaltige Wirtschaftsweise.

Während unserer Ratspräsidentschaft machen wir die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu einem zentralen Thema. Wir wollen den Weg für einen zeitgerechten Abschluss der Abkommen bereiten und ihre entwicklungsförderliche Ausrichtung sicherstellen.



Europa setzt auf Entwicklung durch sichere Energie

Eine sichere, umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung ist entscheidend für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weltweit.

Hohe Ölpreise gefährden jedoch gerade in armen Ländern die Entwicklungsanstrengungen und die Verwirklichung der Millenniumsziele. Die Abhängigkeit vom Öl kann durch die Förderung von Energieeffizienz und einheimischen **erneuerbaren Energien** verringert werden. Ein verantwortlicher Umgang mit Energieressourcen ist zukunftsentscheidend. Die Verwendung der Einnahmen aus Ölexporten muss transparent und entwicklungsförderlich sein.

Während unserer Ratspräsidentschaft machen wir die nachhaltige Entwicklung der Energieressourcen in Afrika zu einem zentralen Thema. Dabei werden wir für eine faire Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent in diesem Bereich eintreten.



Europa reformiert seine Entwicklungszusammenarbeit

Die EU hat **Reformvorhaben** zur Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit ihrer Entwicklungszusammenarbeit auf den Weg gebracht. Mehr und bessere Hilfe ist das Ziel. Eine verbesserte **Arbeitsteilung** innerhalb der Gemeinschaft erhöht die Wirksamkeit und Sichtbarkeit der europäischen Hilfe und vereinfacht die Zusammenarbeit für die Partnerländer erheblich. Arbeitsteilung ist ein wesentlicher Aspekt der **Paris-Agenda** zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

Verbesserung von **Politikkohärenz** soll sicherstellen, dass das auswärtige Handeln der EU die entwicklungspolitischen Zielsetzungen beachtet und nicht beeinträchtigt.

Während unserer Ratspräsidentschaft ist die Reform der Arbeitsteilung ein wichtiges Ziel. Dabei wollen wir uns auf gemeinsame Prinzipien für bessere Arbeitsteilung einigen.

Beiträge zu mehr Kohärenz leisten wir in der Handelspolitik bei den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Auch in der Energiepolitik streben wir eine verstärkte Beachtung von Kohärenzaspekten an.



Europa tritt für Gleichberechtigung ein

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist eine politische Querschnittsaufgabe und auch ein zentrales Millenniums-entwicklungsziel. Trotz vieler Fortschritte fällt die Bilanz der Förderung der Gleichberechtigung und Stärkung der Frauen in der Entwicklungspolitik bei weitem nicht zufrieden stellend aus.

Während unserer Ratspräsidentschaft setzen wir uns mit aller Kraft für die nachhaltige Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ein. Wir wollen die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen und ihre Rolle in der Entwicklungspolitik stärken.



Europa kämpft gegen AIDS

Die weltweite Bedrohung der Menschen und der Entwicklungsmöglichkeiten durch HIV/AIDS ist ungebrochen. Zunehmend leiden und sterben Frauen an AIDS. Die „Feminisierung“ der Krankheit ist in vollem Gang.

Afrika ist von dieser Seuche besonders betroffen – mit dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Vorbeugung und Bekämpfung durch funktionierende Gesundheitssysteme und bezahlbare Medikamente sind zentrale Elemente europäischer Hilfe.

Während unserer Ratspräsidentschaft unterstützen wir entschlossen den Kampf gegen HIV/AIDS.



Europa arbeitet im Trio

Erstmals wird mit den beiden in der Ratspräsidentschaft nachfolgenden Ländern Portugal und Slowenien über 18 Monate (Januar 2007 - Juni 2008) eine so genannte **Trio-Präsidentschaft** gestaltet. Durch die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms wird die Kontinuität europäischer Politik erhöht und das Zusammenwachsen in Europa gefördert.

Die Trio-Präsidentschaft erstreckt sich über einen Zeitraum, der von strategischer Bedeutung für die Ausgestaltung der künftigen Entwicklungszusammenarbeit der EU ist.

Gemeinsam mit unseren Trio-Partnern haben wir ein entwicklungspolitisches Rahmenpapier erstellt. Es beinhaltet wesentliche und längerfristige Themen, die in enger Kooperation vorangebracht werden sollen.



Entwicklungspolitik – zentrale Termine 2007

12./ 13. März: Bonn/Petersberg

Informelles Treffen der EU-Entwicklungsminister/innen
sowie AKP-EU-Dialog zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

14./ 15. Mai: Brüssel

Rat für Allgemeine Angelegenheiten und
Außenbeziehungen mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik

Mai: Brüssel

AKP-EU-Ministerrat

23. - 28. Juni: Wiesbaden

AKP-EU-Paritätische Parlamentarische Versammlung

Links für weitere Informationen

www.eu2007.de

(Sonderseite der Bundesregierung zur
EU-Ratspräsidentschaft)

www.bmz.de/eu2007

(Sonderseite des BMZ zur EU-Ratspräsidentschaft)

www.bmz.de/g8-2007

(Sonderseite des BMZ zur G8-Präsidentschaft)

Herausgeber

**Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat „Entwicklungspolitische Informations- und
Bildungsarbeit“**

Dienstsitz Bonn

Adenauerallee 139 - 141
D - 53113 Bonn
Tel. + 49 (0) 228 99 535 - 0
Fax + 49 (0) 228 99 535 - 3500

Dienstsitz Berlin

Stresemannstraße 94
D - 10963 Berlin
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Redaktion	Dr. Ute Schmitt
Endredaktion	Steffen Beitz
Verantwortlich	Hans Hammann, Dr. Friedrich Kitschelt
Gestaltung	F R E U D E ! design, Köln
Bildnachweis	Titel: Hollandse Hoogte; EU-Fahnen: Reporters; Kinder: Eisemann; Baumwolle: Contrasto; Moschee/Solarzelle: Hilger; Färberinnen: Contrasto; Wahl/D.R. Kongo: Redux; Aids- thema: Torfinn; Computer/Mauretanien: Shirley; alle Bildagentur laif Ministerin: Ute Rademacher
Druck	Schloemer Gruppe, Düren
Stand	Januar 2007

Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel. +49 (0) 1805 77 80 90
(12 Cent/Min. Festnetz der DTAG)
Fax +49 (0) 1805 77 80 94
E-Mail publikationen@bundesregierung.de

